



Artur Auernhammer
Mitglied des Deutschen Bundestages

Artur Auernhammer, MdB, Jägerndorfer Str. 1a, 91522 Ansbach

ver.di
Herrn Ulli Schneeweiß
Kornmarkt 5-7
90402 Nürnberg

Ansbach, **03.09.2021**

Betreff: Ihre Anfrage

Wahlkreisbüro
Artur Auernhammer, MdB
Jägerndorfer Str. 1a
91522 Ansbach
Tel.: 0981 87514
artur.auernhammer@bundestag.de

Büro Bundestag
Artur Auernhammer, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 227 78797
Fax: 030 227 76797
artur.auernhammer@bundestag.de

Sehr geehrter Herr Schneeweiß,

haben Sie vielen Dank für Ihre Anfrage. Nachfolgend erhalten Sie die Antworten auf Ihre Fragen zur Krankenhauspolitik:

Zu Frage 1:

Werk- und Dienstverträge sind ein elementarer Bestandteil unseres funktionierenden Arbeitsmarktes. Sie unterstützen Spezialisierung, Aufgabenverteilung, Innovation, Qualität, Selbstständigkeit und Arbeitsverhältnisse. Ihrer missbräuchlichen Anwendungen treten wir als CSU durch wirksame Arbeitsschutzkontrollen entschieden entgegen. Das gilt auch für Kliniken.

Zu Frage 2:

Die Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik-Richtlinie legt Maßnahmen zur Sicherung der Qualität in der psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Versorgung fest. Dazu werden insbesondere verbindliche Mindestvorgaben für die Ausstattung der stationären Einrichtungen mit dem für die Behandlung erforderlichen Personal für die psychiatrische und psychosomatische Versorgung bestimmt. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Frage der Personalbemessung zum Wohle der Patientinnen und Patienten sowie des Personals auf der Agenda bleibt.

Zu Frage 3:

Mit dem Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz (GVWG) haben wir einen Fahrplan für die Personalbemessung in der Pflege im Krankenhaus vorgegeben. Demnach ist bis 31. Dezember 2024 „ein bedarfsgerechtes, standardisiertes, aufwandsarmes, transparentes, digital anwendbares und zukunftsfähiges Verfahren über einen analytischen Ansatz unter Hinzuziehung empirischer Daten zu entwickeln“.



Zu Frage 4:

Wir wollen, dass die Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausplanung und insbesondere in der Krankenhausfinanzierung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum. Anspruch und Ziel von CDU und CSU ist eine gute medizinische Versorgung – unabhängig von Alter, Wohnort und Geldbeutel. Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des stationären Bereichs sehen wir unter anderem in einer stärkeren Bündelung entsprechender klinischer Angebote und in der Fortführung der Digitalisierungsoffensive in unseren Kliniken. Konkret wollen wir mit dem virtuellen Krankenhaus medizinisches Spezialwissen überall im Land gleichermaßen verfügbar machen. Televisiten und digitale fachliche Beratungen zwischen mehreren Ärzten eröffnen neue Perspektiven zur besseren Patientenversorgung vor Ort und können Erkrankten eine Verlegung ersparen.

Zu Frage 5:

Mit Bundesmitteln senden wir ein klares Signal: Deutschlands Krankenhäuser sollen stark bleiben. Das Krankenhauszukunftsgesetz für die Digitalisierung von Krankenhäusern ist ein Beispiel dafür. Zur Sicherung einer qualitativ hohen Patientenversorgung wollen wir aber auch erreichen, dass die Länder ihren Verpflichtungen bei den Investitionskosten nachkommen. Auch hier gilt: Wir wollen, dass die Ziele einer bedarfsgerechten und flächendeckenden Grund- und Regelversorgung in der Krankenhausplanung und insbesondere in der Krankenhausfinanzierung wesentlich stärker berücksichtigt werden, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum. Daher setze ich mich für den Erhalt der ANregiomed-Standorte Dinkelsbühl und Rothenburg ein.

Zu Frage 6:

Deutschlands Krankenhäuser sind in Stadt und Land ein wichtiger Anker der medizinischen Versorgung. Es ist uns als CSU bewusst, dass Kliniken und medizinische Versorgungseinrichtungen zunehmend von privaten Betreibern geführt werden. Den Gründungen von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Dies gilt insbesondere für die Bereiche, wo eine Unterversorgung festgestellt wurde oder eine Unterversorgung droht. In der nächsten Wahlperiode werden wir weitere Regelungen diskutieren und umsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Artur Auernhammer